



Bundesamt für zentrale Dienste
und offene Vermögensfragen
53221 Bonn

**Antrag
nach der Richtlinie der Bundesregierung über eine Anerkennungsleistung
an Verfolgte für Arbeit in einem Ghetto, die keine Zwangsarbeit war und
bisher ohne sozialversicherungsrechtliche Berücksichtigung geblieben ist**

Hinweise zum Ausfüllen des Antrages:

Um über Ihren Antrag sachgerecht entscheiden zu können, benötigen wir von Ihnen einige wichtige Informationen und Unterlagen. Wir bitten Sie deshalb, die nachfolgenden Fragen vollständig zu beantworten und dem Antrag vorhandene Unterlagen beizufügen. Unterlagen in deutscher Sprache können zu einer Beschleunigung der Bearbeitung Ihres Antrages führen, da wir dann auf eine notwendige Übersetzung verzichten können.

Bevor Sie den Fragebogen zurücksenden, lassen Sie sich bitte die Angaben zu Ihrer Person auf Seite 2 von einer amtlichen Stelle bestätigen und fügen Sie eine Kopie Ihres Personalausweises bei.

Unterschreiben Sie bitte sowohl den Antrag als auch die beiliegende Abtretungsvereinbarung.

1. Angaben zur Person des Antragstellers

Name	Vorname	geboren am
Geburtsname	Geburtsort (Land)	
Frühere Namen	Ggf. abweichende Schreibweisen	
Adresse (Straße, Postleitzahl, Ort, Land)		
Staatsangehörigkeit		

2. Antragstellung durch eine andere Person

Der Antrag wird in Vertretung gestellt von		
Name	Vorname	Dienststelle (ggf. Aktenzeichen)
Adresse (Straße, Postleitzahl, Ort, Land)		
in der Eigenschaft als Vollmacht oder Beschluss des Vormundschaftsgerichts bitte beifügen		
<input type="checkbox"/> gesetzlicher Vertreter	<input type="checkbox"/> Vormund	<input type="checkbox"/> Betreuer
<input type="checkbox"/> Bevollmächtigter		

Bestätigung durch eine amtliche Stelle

(z.B.: alle Behörden des Wohnlandes, Notare, Banken, Krankenhäuser, Rotes Kreuz sowie die Botschaften und Konsulate der Bundesrepublik Deutschland)

Die Antragstellerin/der Antragsteller lebt. Die Angaben zur Person werden bestätigt durch:	
Ausweisdokument	Nummer
<input type="checkbox"/> Personalausweis	
<input type="checkbox"/> Reisepass	
<input type="checkbox"/> sonstige Unterlagen (Geburts-, Heirats-, oder Abstammungsurkunde)	
Ort, Datum	Stempel und Unterschrift der amtlichen Stelle

3. Angaben zur Verfolgung

3.1 Sind Sie als Verfolgter im Sinne von § 1 Bundesentschädigungsgesetz (BEG) anerkannt?

- | | |
|---|--------------|
| <input type="checkbox"/> ja, durch | Aktenzeichen |
| <input type="checkbox"/> Landesbehörden (BEG) | |
| <input type="checkbox"/> Bundesministerium der Finanzen | |
| <input type="checkbox"/> Jewish Claims Conference | |
| <input type="checkbox"/> andere Stellen (ggf. welche?) | |

bitte weiter bei Ziffer 4

Bitte Bescheid(e) beifügen

nein,

bitte machen Sie auch Angaben zu den Ziffern 3.2 bis 3.4

3.2 Wohnsitz/Wohnort zur Zeit der Verfolgung:

Adresse (Ort, Bezirk)	Land	seit wann?

3.3 Grund der Verfolgung, der Emigration oder des erlittenen Unrechts:

- politische Gründe
- Abstammung
- Religion
- Nationalität
- Sonstiges: _____

3.4 Kurze Beschreibung des Verfolgungsschicksals mit Angabe von Orten und Zeiten:

--

4. Angaben zur Ghetto-Arbeit			
4.1 In welchem Ghetto hielten Sie sich auf?			
Ghetto (Ort, Bezirk, Gebiet/Land)	Aufenthalt von - bis		
4.2 Haben Sie während Ihres Aufenthalts im Ghetto gearbeitet?			
<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja, in der Zeit von – bis	bei (Arbeitsstätte/Arbeitgeber)	als (Art der Arbeit)
4.3 Erfolgte die Arbeit auch außerhalb des Ghettos?			
<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja, in der Zeit von – bis	bei (Arbeitsstätte/Arbeitgeber)	als (Art der Arbeit)
4.4 Wie kam der Arbeitseinsatz innerhalb oder außerhalb des Ghettos zustande?			
<input type="checkbox"/> ich habe mir die Arbeit selbst gesucht <input type="checkbox"/> die Arbeit wurde mir auf Anfrage vermittelt (ggf. welche Stelle vermittelte die Arbeit) <input type="checkbox"/> ich wurde zur Arbeit gezwungen (ggf. welche Stelle ordnete die Arbeit an)			
4.5 Haben Sie noch Unterlagen über den Ghetto-Aufenthalt und die Ghetto-Arbeit?			
<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja, bitte fügen Sie diese bei!		

5. Angaben zu anderen Leistungen		
5.1 Beziehen Sie eine Rente der deutschen Rentenversicherung oder haben Sie eine solche Rente beantragt?		
<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja, Name des Versicherungsträgers	Versicherungsnummer
5.2 Wird für die Zeiten der Arbeit in einem Ghetto durch einen anderen - ausländischen - Rentenversicherungsträger eine Rentenleistung erbracht oder haben Sie eine solche Rente beantragt?		
<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja, Land, Name des Versicherungsträgers	Versicherungsnummer
Bitte Rentenbescheid beifügen		
5.3 Haben Sie eine Entschädigungsleistung von der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ erhalten oder haben Sie eine solche Leistung beantragt?		
<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja, Aktenzeichen	
Bitte Bescheid beifügen		

6. Bankverbindung (Bitte geben Sie Ihr eigenes Konto an. Es erfolgt keine Auszahlung an Dritte.)		
Konto-Nr.:	BLZ:	Name des Bankinstituts:
<hr/>		
BIC:		IBAN:
<hr/>		
Kontoinhaber:		
<hr/>		

7. Erklärung:

Ich versichere an Eides statt, dass alle vorstehenden und beigefügten Erklärungen richtig sind.
Ich bin mir bewusst, dass ich bei wissentlich unrichtigen Angaben mit einer Abweisung meines Antrages oder Rückforderung eines bereits ausgezahlten Betrages zu rechnen habe.

Mir ist bekannt, dass auf die Leistung kein Rechtsanspruch besteht.

8. Einwilligungserklärung:

Zur Prüfung der Anspruchsvoraussetzungen für die beantragte Anerkennungsleistung können Rückfragen bei der Deutschen Rentenversicherung, den ausländischen Rentenversicherungsträgern und den Entschädigungsbehörden erforderlich sein.

Ich bin damit einverstanden, dass zu diesem Zweck das Bundesamt für zentrale Dienste und offene Vermögensfragen in dem für die Bearbeitung erforderlichen Umfang entsprechende Auskünfte bei den von mir im Antrag unter den Ziffern 3.1 und 5.1 bis 5.3 angegebenen Stellen einholt und – soweit dies im Einzelfall erforderlich sein sollte – Akteneinsicht nimmt. Ich willige darin ein, dass die Deutsche Rentenversicherung, die ausländischen Rentenversicherungsträger und die Entschädigungsbehörden die erforderlichen Daten an das Bundesamt für zentrale Dienste und offene Vermögensfragen übermitteln bzw. im Einzelfall dieser Stelle auch Akteneinsicht gewähren.

Wir weisen darauf hin, dass ohne Einwilligung die Voraussetzungen für die beantragte Leistung möglicherweise nicht abschließend geprüft werden können.

Ort

Datum

Eigenhändige Unterschrift

Anlagen:

Abtretungsvereinbarung

Kopie des gültigen Personalausweises

Sonstige:



ABTRETUNGSVEREINBARUNG

Zwischen

- Antragsteller/-in -

und

Bundesamt für zentrale Dienste und offene Vermögensfragen

- BADV -

- 1) Das BADV hat gemäß § 1 Abs. 2 der Richtlinie¹ einen Anspruch gegen den/die Antragsteller/-in auf Rückzahlung der erhaltenen Leistungen, wenn eine Überprüfung nach § 44 des Zehnten Buches des Sozialgesetzbuches (SGB X) zu einer Aufhebung der ablehnenden Entscheidung des Rentenversicherungsträgers in Bezug auf die Anerkennung von Beitragszeiten nach dem Gesetz zur Zahlbarmachung von Renten aus Beschäftigungen in einem Ghetto (ZRBG) oder ein Antrag zu einem Anspruch auf Rentenzahlung führt. Die Forderung wird mit Bekanntgabe des Rentenbescheides fällig.
- 2) Zur Sicherung dieses Rückzahlungsanspruches tritt der/die Antragsteller/-in dem BADV den nach § 53 des Ersten Buches des Sozialgesetzbuches (SGB I) jeweils pfändbaren Teil seiner/ihrer monatlichen Rentenansprüche der deutschen gesetzlichen Rentenversicherung ab, und zwar in der Reihenfolge ihres Entstehens bis zu einem Höchstbetrag von 2.000 €
- 3) Das BADV ist zur Verwertung der ihr abgetretenen Forderungen nur berechtigt, soweit der/die Antragsteller/-in mit der Rückzahlung in Verzug gerät, das BADV dem/der Antragsteller/-in schriftlich unter Androhung der Verwertung eine angemessene Zahlungsfrist gesetzt hat und diese Frist erfolglos abgelaufen ist.

Ort

Datum

Antragsteller/-in

BADV

¹ Richtlinie der Bundesregierung über eine Anerkennungsleistung an Verfolgte für Arbeit in einem Ghetto, die keine Zwangsarbeit war und bisher ohne sozialversicherungsrechtliche Berücksichtigung geblieben ist